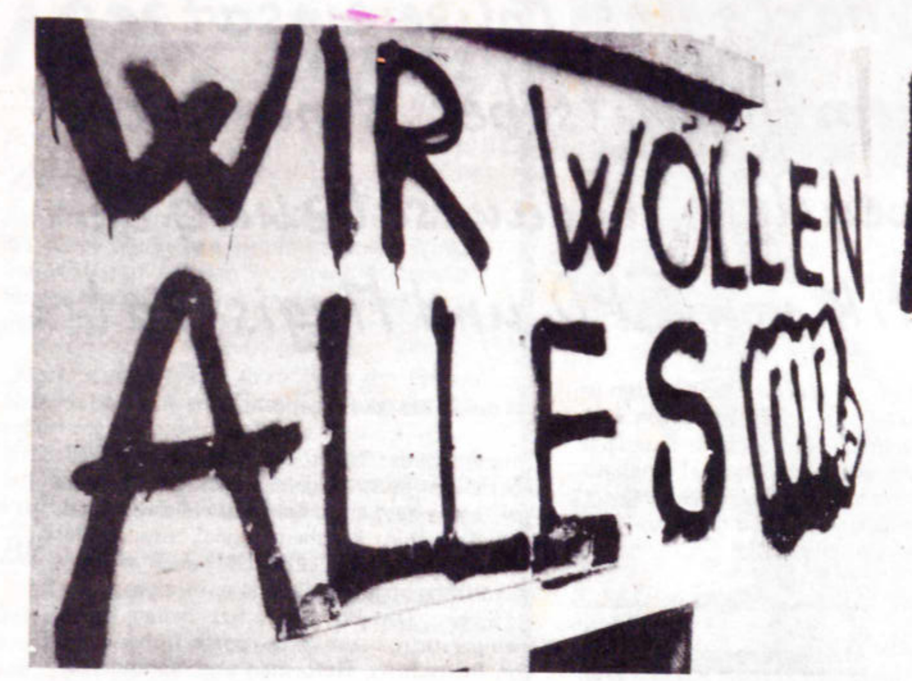


HÄUSERRATS-ZEITUNG

Preis: 20 Pfennige

Gegen Fahrpreiserhöhung und Polizeiterror



Seit letzten Montag versuchen mehrere tausend Demonstranten die Fahrpreiserhöhung zu Fall zu bringen. Sie kämpfen auf der Straße gegen die neuen Fahrpreise, weil inzwischen klar ist, daß alle wortreichen Proteste nach Art des DGB und der JUSOS nichts helfen und nichts ändern. Unsere Forderung ist Nulltarif, weil wir nicht zum Vergnügen mit der Straßenbahn fahren, sondern weil wir zur Arbeit und zum Einkaufen müssen. Immer mehr Banken und Versicherungen machen sich in der Innenstadt breit, Wohnraum wird zerstört, und für die verbliebenen Wohnungen steigen die Mieten. Unser Weg zur Arbeit wird immer länger. Wenn wir den Weg zur Arbeitszeit rechnen, dann haben wir heute wieder den 10-Stunden-Tag.

Wir fordern die Einbeziehung der Fahrzeit als Arbeitszeit!

Sollen doch die den Ausbau der Verkehrsmittel und die Fahrpreise bezahlen, die daran verdienen: die Betriebe und Geschäfte, die großen Unternehmen, die, die von unserer Arbeit leben!

Manche, die auch gegen die Fahrpreiserhöhung sind, sagen, daß Nulltarif unrealistisch ist. Aber: Wenn die Forderung nach Nulltarif unrealistisch ist, dann waren auch die Forderungen z. B. nach dem 8-Stunden-Tag und nach Schulgeldfreiheit unrealistisch. Schließlich wurden diese auch nur durch Kämpfe durchgesetzt und nicht dadurch, daß man sich die Köpfe der Kapitalisten und ihrer SPD-Helfer zerbricht, woher das Geld dafür kommen soll.

Wenn der Rudi Arndt schon mit dem Argument kommt: Wenn Nulltarif, dann weniger Kindergärten, weniger Schulen, dann fragen wir, warum sagt er nicht, wenn Nulltarif, dann weniger Polizei, weniger Bundesgrenzschutz, weniger Militär, weniger Aufpasser in der Straßenbahn. Warum stellt sich für ihn immer nur die Alternative zwischen zwei sozialen Bedürfnissen, warum geht immer nur das eine **oder** das andere. Schließlich gibt es weder vernünftige öffentliche Verkehrsmittel noch genügend Kindergärten, noch genügend Krankenhäuser. Nicht für uns wird geplant, sondern für die Betriebe, den Umsatz, die Spekulanten.

für NULLTARIF

Eigendruck im Selbstverlag. Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr. 16



Die Härte des Polizeieinsatzes ist kein "Ausrutscher", sondern die notwendige Voraussetzung der Politik von SPD und Magistrat

So brutal wie in der Woche vor Pfingsten ist die Frankfurter Polizei noch nie gegen Leute, die sich wehren, vorgegangen: Hunderte festgenommen, jeden Tag mehr Tränengas, Knüppel, Mordversuche. Die Polizei reagiert, als wolle sie eine Bewegung mit Stumpf und Stiel ausrotten, ein für alle Mal.

Warum?

Magistrat und Presse versuchen zu spalten: auf der einen Seite gibt es den „berechtigten und vernünftigen Protest", auf der anderen das „Randalieren und der Terror der Schmarotzer", der sich gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung richtet. Berechtigter Protest: das ist Unterschriften-Sammeln, Protestresolutionen-Verfassen, ist: reden, reden, reden und viel Papier, vernünftiges aber machtloses Papier. Terror: das ist die Zerstörung um der Zerstörung willen, da toben sich wildgewordene Schmarotzer auf Kosten des Steuerzahlers aus. Wenn wir im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und in anderen kommenden Auseinandersetzungen vorankommen und gewinnen wollen, **dann müssen wir diese Spaltung überwinden!**

Wenn der Magistrat mit Verbundsystem und Polizei Fahrpreiserhöhungen durchsetzen will, dann ist das Gewalt; Gewalt gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Wenn die Preise überall steigen und die Löhne hinterherhinken und sogar fallen, dann ist das die gleiche Gewalt. Wenn man gezwungen wird, die Verschlechterung von Lebens- und Arbeitsbedingungen hinzunehmen, und Widerstand dagegen mit Knüppel und Strafe verfolgt wird, dann ist das Gewalt.

Resolutionen und Papier-Protest haben noch nie etwas verändert. Wer gegen die Fahrpreiserhöhung protestiert, der muß auch sagen, wie man dagegen **praktisch** vorgehen kann; der muß der Gewalt des Magistrats die Gewalt aller Betroffenen entgegensetzen. Eigentlich ist das auch allen klar: Tarifrunden z. B. sind keine Frage von guten oder schlechten Verhandlungen, sondern Macht- und Gewaltfragen. Im Frühjahr war die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst: der öffentliche Unternehmer Regierung war fest entschlossen, weniger als 10 % Lohn- und Gehaltserhöhung zu zahlen. Daß schließlich doch ein bißchen mehr herauskam, das lag nicht am Verhandlungsgeschick von ÖTV und Kluncker – das lag daran, daß gestreikt wurde, daß also die Arbeitenden gemeinsam und gewaltsam gegen den staatlichen Unternehmer vorgingen. Dasselbe im letzten Sommer: die Teuerungsstreiks in vielen Metallbetrieben waren nicht legal und oft gewaltsam: gerade deswegen hatten sie Erfolg und brachten für die Mehrzahl der Metaller eine Verbesserung des miesen Lohnabschlusses.

Der DGB war gegen die Fahrpreiserhöhung: er hat Resolutionen verabschiedet, Unterschriften gesammelt und eine Kundgebung gemacht. Mehr aber hat er nicht getan: als es nach dem 26. Mai um den praktischen Widerstand ging, da war er plötzlich dagegen, da redete er wie Arndt und CDU von „arbeitnehmerfeindlichen Aktionen", die mit berechtigtem Protest nichts mehr zu tun hätten. Daß die Gewerkschaften so reagierten, wundert keinen, der ihr klägliches Verhalten in Tarifrunden kennt. Daß aber auch viele Kolleginnen und Kollegen so reagieren, ist schlimm: Wenn Ihr heute gegen die Demonstrationen und Blockaden schimpft und „geordnete" oder Hitler-Verhältnisse herbeiwünscht, dann redet Ihr nicht gegen Terror und Zerstörungswut – dann handelt Ihr gegen Eure eigenen Interessen. Wer heute die Schienen blockiert und Rote-Punkt-Aktionen organisieren will, der kämpft nicht gegen Euch, sondern gegen den Magistrat. Wenn Ihr dagegen hetzt, dann spaltet Ihr die Kampfbewegung gegen die Fahrpreiserhöhung und macht es dem Arndt recht.

Ist die Polizei durchgedreht?

Immer wieder heißt es: die Polizei schießt über's Ziel raus, sie geht ein bißchen zu hart vor, verwendet ein bißchen zuviel Tränengas, verhaftet ein bißchen zuviel usw. Alles könne – bei etwas Umsicht – auch weniger gewalttätig abgehen. Das ist ein Irrtum.

Sicher: Die Polizeieinsätze waren früher weniger brutal, die SPD redete früher mehr von Fortschritt, Reformen und Veränderungen als von Knüppel, Tränengas, Preiserhöhung und Lohnsenkung. Als 1969 in vielen Betrieben der Bundesrepublik wild gestreikt wurde für mehr Geld, da war die SPD noch dafür: Schmidt und Brandt erklärten ausdrücklich ihre Sympathie für die Streikenden. Und immer wo es in den nächsten Jahren um Protest ging, da hatte die SPD Verständnis: für Lohnforderungen und wilde Streiks, für den Protest gegen Wohnraumzerstörung und Mietsteigerung, für Hausbesetzungen, für Bürgerinitiativen, für den Kampf um mehr Kindergärten usw.

Was die SPD früher aber noch dulden und zum Teil auch unterstützen konnte und mußte, das muß sie heute bekämpfen. Denn es geht nicht mehr um vereinzelten Protest, der auf die Reform- und Veränderungskraft der SPD setzt. Wer heute für die gleichen Forderungen eintritt, für die die SPD noch im Bundestagswahlkampf 1972 eingetreten ist, der macht das nicht mehr **mit** der SPD, sondern **gegen** die SPD. Überall dort, wo es heute darum geht, Interessen praktisch und kämpferisch zu vertreten, da zeigt die SPD immer klarer, auf welcher Seite sie steht: auf der Seite der Unternehmer und des Staates – gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Die SPD hat früher zeigen wollen, daß sie (besser als die CDU) in der Lage ist, den aufkeimenden Protest in geordnete und vernünftige Bahnen zurückzulenken: in die Bahnen des Parlaments und dessen, was sie unter Reformen versteht. Und daran hält sie mit aller Macht fest: wer sich nicht damit zufrieden gibt, daß die Löhne nicht und die Preise sehr wohl steigen, wer sich nicht damit zufrieden gibt, daß keine Reformen kommen, die der arbeitenden Bevölkerung nützen, der bekommt mit dem Knüppel eingebleut, daß er nichts zu melden hat; daß er sich abfinden muß mit einer SPD-Herrschaft, die der der CDU gleicht.

So ist klar: jeder praktische Erfolg in Kämpfen, jeder **Sieg** der Kämpfenden bedeutet eine unmittelbare Bedrohung für die Herrschaft der SPD. Jeder Sieg beweist, daß die gemeinsame Kraft und Aktion der arbeitenden Bevölkerung stärker ist als die Einschüchterungspolitik der SPD. Deswegen muß die SPD jeden Erfolg der Kämpfenden mit aller Macht verhindern, deswegen hat die Frankfurter Polizei im Einsatz gegen den Fahrpreis-Kampf genauso wenig durchgedreht wie letztes Jahr die Kölner Polizei, als sie den Ford-Streik brutal zusammenknüppelte. Beide Male ging es um das Gleiche: zu demonstrieren, daß die Massen immer die Dummen sein werden, daß Widerstand nicht zugelassen wird.

Die Frankfurter SPD vertraut darauf, daß viele Arbeiter, Angestellte oder ältere Bürger durch die offene Gewalt der Polizei eingeschüchtert werden. Demnach ist die Härte des Polizeieinsatzes der letzten Tage nicht zufällig, sondern die politische Strategie des Magistrats! Die gewalttätige Zerschlagung der Demonstrationen, der Versuch der körperlichen Vernichtung der Demonstranten soll Angst machen!!

Aber wir werden uns nicht einschüchtern lassen, sondern wir müssen eben lernen, uns nicht nur gegen die Politik des Magistrats zu wehren, sondern auch gegen den Polizeiterror zu schützen.

(Fortsetzung v. Seite 1)

Eins ist sicher: in Frankfurt und Umgebung ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhung. Die SPD weiß das, aber sie will diesem Protest nicht nachgeben. Also muß sie versuchen durch den Einsatz ihrer militärischen Polizeimaschinerie jeden praktischen Versuch zu verhindern, der gegen die Fahrpreise gerichtet ist.

In Presseinterviews versucht Arndt, die Wut der Bürger über die Fahrpreiserhöhung umzulenken gegen die, die versuchen durch Blockaden und Demonstrationen den Magistrat zur Rücknahme der Fahrpreiserhöhung zu zwingen. Schmarotzer und Chaoten seien daran Schuld, daß Arbeiter und Angestellte nicht nach Hause kommen. Es wurde in den letzten Tagen versucht Blockaden an verschiedenen Stellen in der Stadt zusammen mit den Roten-Punkt-Aktionen durchzuführen, weil der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung nicht **gegen** sondern **mit** den Benutzern der Straßenbahn geführt wird. Nur wenn sehr viele Frankfurter sich an diesen Aktionen beteiligen, werden die Fahrpreiserhöhungen zu Fall gebracht werden. Die Rote-Punkt-Aktion ist keine Alternative zu öffentlichen Verkehrsmitteln, die zum Nulltarif fahren! Sie soll aber Straßenbahnfahrern und Autofahrern die Möglichkeit geben sich am Boykott der Fahrpreise zu beteiligen und Leute nicht an ihrer Heimfahrt hindern, die heim wollen oder müssen.

In der Woche nach Pfingsten wollen wir versuchen, möglichst viele Frankfurter in den aktiven Boykott der Fahrpreise einzubeziehen. Es hat viele Leute gegeben, die sich schon mit dem aktiven Kampf praktisch solidarisiert haben, es sind aber noch zu wenige, wir müssen immer mehr werden!

Wir lassen uns durch Polizeieinsätze nicht einschüchtern. Unsere Forderung bleibt:
GEGEN FAHRPREISERHÖHUNG
– FÜR NULLTARIF

Unser Verbund Blockade und Roter Punkt !



Achtung!

Bei Tränengasverletzungen: mit folgender Lösung sofort die Augen ausspülen: 5 Tabletten Kaiser Natron (eine Tablette = 1 g Natriumkarbonat) in 1/4 ltr. Wasser (1 großes Glas) oder 1/4 ltr. physiologischer Kochsalzlösung auflösen.

Polizeitaktik – einmal anders

Gegen 21 Uhr, als die Polizei nach eigenen Angaben Demonstranten in der B-Ebene Hauptwache verfolgte, kam es dort zu einer schlagstarken Auseinandersetzung, in deren Verlauf sich die Polizei vor den mit Stühlen und anderen Schlaginstrumenten ausgerüsteten Demonstranten zurückzog. Ein Polizeisprecher bezeichnet dies als „taktische Maßnahme".

FR

Müller's Lügen:

Müller erzählt:

Als sich der Wasserwerfer genähert habe, sei der junge Mann von hinten in einem Winkel von 45 Grad auf den Wasserwerfer *zugelaufen,* offenbar *um* noch an ihm *vorbeizukommen.* !!?

„*Nach Auskunft der Ärzte* habe der Patient eine Platzwunde am Hinterkopf und Hautabschürfungen".
Knut Müller stützt sich nach seinen Angaben auf eine Mitteilung der Universitätsärzte Prof. Fromm und Dr. Schäfer.

BILD übernimmt ungeprüft:

. . . Der angeblich ums Leben gekommene Genosse ist der 16jährige Schüler Thomas H. aus Erlensee, der in Frankfurt die Freiherr vom Stein-Schule besucht.

Er wurde auf dem Römerberg von einem fahrenden Wasserwerfer zu Boden geschleudert. Im Krankenhaus stellte sich dann heraus: er hatte lediglich eine Platzwunde am Hinterkopf und eine Schürfwunde am linken Knöchel . . .

Die Augenzeugen melden sich:

Augenzeugenberichte im Hessischen Rundfunk:

Reporter: ich darf dazu vorausschicken, daß die Polizeipressestelle eben gerade uns gesagt hat, dieser junge Mann sei in das Fahrzeug hineingelaufen. Wie haben Sie's gesehen?
1. Zeuge: das ist nicht wahr . . . ich sah den Mann da stehen . . . und da sah ich den Wasserwerfer mit einer höheren Geschwindigkeit um die Ecke kommen und auf den Fahrer zu (gemeint ist der Schüler Hytrek). Ich riß den Fahrer noch zurück, er wurde vorne . . . angefahren, verlor die Balance und fiel unter die hinteren Wagenräder . . .
Reporter: ist denn nun der junge Mann . . . in das Fahrzeug hineingelaufen?
1. Zeuge: nein, nein, das ist nicht wahr
Reporter: hier nickt noch ein zweiter mit dem Kopf . . . wie haben sie diesen Unfall . . . gesehen?
2. Zeuge: . . . und auf einmal sah ich einen Wasserwerfer zuschießen und sah einen jungen Mann und da hab ich gesehen wie der Fahrer willkürlich über diesen jungen Mann drübergefahren ist, also das sah ich auf der anderen Seite, ich kann also nur bestätigen, was meine Vorrednerin gesagt hat, daß der Wagen willkürlich draufgefahren ist und ich glaube auch, ich kann mir nichts anderes vorstellen, denn der Fahrer muß diesen jungen Mann gesehen haben . . . die Demonstranten waren schon weit weg . . .

Die Frankfurter Rundschau:

„Innerhalb der Frankfurter Feuerwehrspitze, die auch für die Krankentransportleitstelle verantwortlich zeichnet, herrschte am Mittwochabend großes Erstaunen und teilweise auch Verärgerung über die Darstellung der Verletzung durch den Frankfurter Polizeipräsidenten in der Spätausgabe der Tagesschau."

Am nächsten Tag muß die Presse Müller berichtigen

Fortsetzung au[...]eite 2

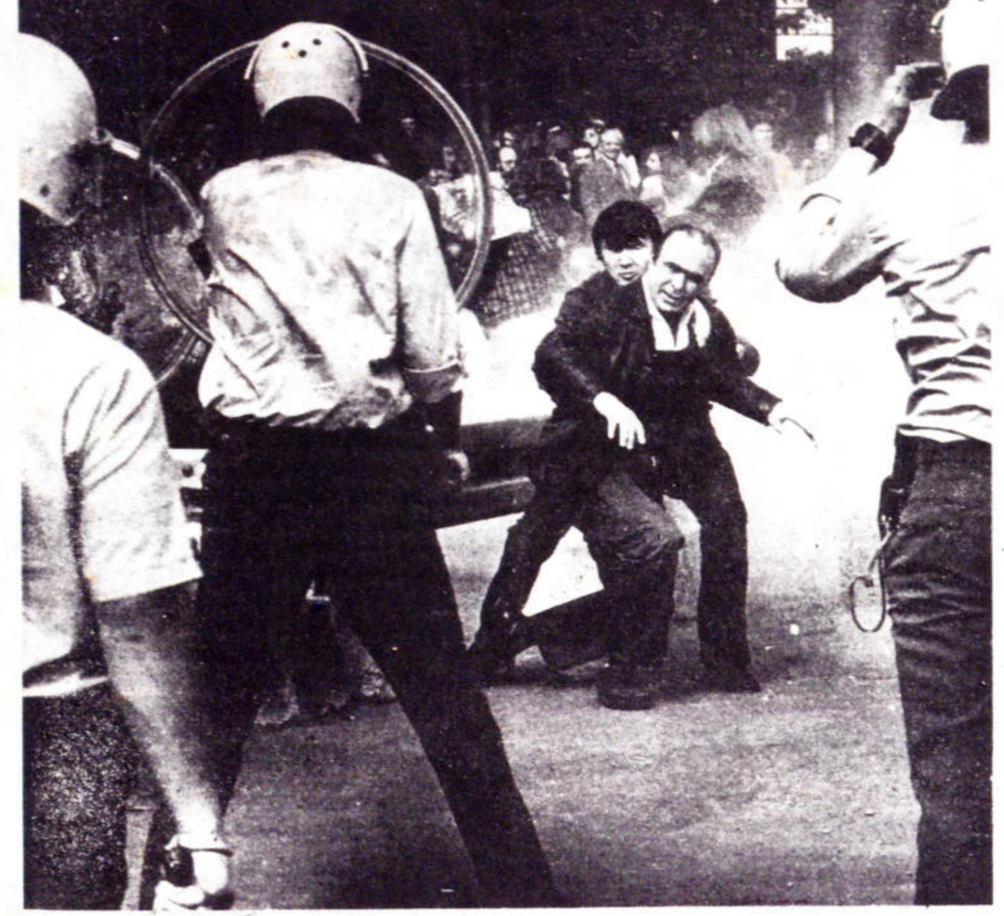
Frankfurter Oberarzt:

Demonstrant schwer verletzt

lh Frankfurt. — Entgegen den beruhigenden Versicherungen des Frankfurter Polizeipräsidenten Knut Müller hat der 17jährige Schüler Thomas Hytrek, der am späten Mittwochnachmittag bei einer Demonstration vor dem Frankfurter Rathaus von einem Wasserwerfer angefahren worden war, doch schwere Verletzungen erlitten.

Der behandelnde Oberarzt Dr. Ingunza von der neurochirurgischen Klinik der Universitätskliniken Frankfurt berichtete am heutigen Donnerstag, der Patient sei noch immer bewußtlos. Der Schüler habe ein „mittelschweres Hirntrauma" — eine schwere Gehirnerschütterung — erlitten. Lebensgefahr sei auch jetzt noch nicht auszuschließen, sagte Ingunza. (Siehe auch Bericht Seite 11)

Bahnstrecke nach vie[...]



Kampfgas CN als Tränengas

Polizeifunk, 30.5.74, 17.45 h
„Zugführer außer Gefecht durch Einwirkung von Tränengas . . . "

Bei dem in den Wasserwerfern und Gaspistolen verwendeten Tränengas handelt es sich um Chloracetophenon (CN). Nach Gutachten einer pharmakologischen Zeitschrift gehört CN zu der Gruppe chemischer Kampfstoffe: im ersten Weltkrieg war es als „Weißkreuzgas" bekannt.

Die Gefährlichkeit des in mörderischen Völkerschlächten eingesetzten Gases war Anfang dieses Jahres Objekt vieler Gutachten. Kritische Gutachten wurden von der Polizeiführung als irreführend abgetan, während die Gutachten, auf die die Polizei sich beruft, geheimniskrämerisch zurückgehalten wurden.

Die Wirkungsweise von CN: In kleinen Konzentrationen bewirkt das Gas Augenschmerzen und Schleimhautreizungen, in größeren Dosen hat CN die Wirkung von Chlorgas. 10 ltr. einer Wasserwerfermischung können unter ungünstigen Umständen zum Tod führen (Lungenödem). Dies ist der Fall, wenn eine größere Gruppe von Menschen mit durchnäßten Kleidern in einem geschlossenen Raum zusammengepfercht wird (Arrestzelle, Grüne Minna).

Die Hersteller des Gases schreiben in der Gebrauchsanweisung, daß **CN eine Waffe** sei, bestimmt für „Beamte, die besonders gefährliche Aufgaben wahrzunehmen haben" (Minister Bielefeld).

In welchen Situationen die Polizei dieses Gas einsetzt, haben die letzten Tage gezeigt. Schmerzende Verbrennungen, Ätzungen und Augenverletzungen können die Folgen sein.

Besonders auffällig ist die starke Konzentration der Gas-Wasser-Mischung. Die Polizei hält sich hier nicht an die minimalsten Vorschriften. Polizeigutachter Gromes errechnet in seinem Gutachten bei ‚normaler Mischung' eine Konzentration in der freien Luft von 30 mg pro Kubikmeter Luft. Da eine Konzentration von 85-120 mg pro Kubikmeter in 10 Minuten tödlich wirken kann, ist es sicher nicht erlaubt, hier von harmlosen und unschädlichen Einsätzen zu sprechen. 5 mg pro Kubikmeter stellen bereits die Unerträglichkeitsgrenze dar, die hier um das sechsfache übertroffen wird.
Der Einsatz der CN-Wasserwerfer ist lebensgefährlich!! Das wissen Polizeipräsident Müller und Innenminister Bielefeld genau!

Zeugenaussagen Wichtig!

Ausgang Esplanada Richtung Zeil, links; 18.15 h, Mittwoch, 29.5.74. Ein 14-16 jähriges Mädchen, halblange Haare, dunkle Kleidung, wurde von hinten auf den Kopf geschlagen und stürzte. Ein Mann hat den schlagenden Polizisten von dem Mädchen abgedrängt und wurde dabei selbst zusammengeschlagen und festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, er habe einen Polzisten mit einer Flasche geschlagen.

Wer kennt das Mädchen?
Wer hat den Vorfall gesehen?

sämtliche
AUGENZEUGEN, GESCHÄDIGTE VON POLIZEIEINSÄTZEN, FESTGENOMMENE USW. MÖGEN SICH IM ASTA, TELEFON 7983182 MELDEN.

Leserbrief an die FR:

Schweigen — und zahlen

Es ist wie immer, wenn etwas Unangenehmes auf uns zukommt: Erst fünf Minuten vor zwölf merken die Leute, was da mit dem neuen Verbundtarif in Aussicht steht. Ich habe mich bereits im vergangenen Jahr mit diesem Thema beschäftigt und dargelegt, daß ein an sich begrüßenswerter Verkehrsverbund gewisse Voraussetzungen verlangt: Er darf sich nicht auf die Deutsche Bundesbahn und die Stadtwerke Frankfurt beschränken, sondern muß alle umliegenden Verkehrsbetriebe (Offenbach, Neu-Isenburg, Bad Homburg usw.) einschließen. Die Angelegenheit darf nicht auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung, der Hausfrauen und Rentner ausgetragen werden; und sie muß als verfrüht angesehen werden, solange noch kein voll ausgebautes U-Bahn-Netz und überhaupt noch keine S-Bahn existieren. Heute wird keiner mehr etwas ändern. Am 26. Mai werden wir schweigen — und zahlen.

↑ *Hier irrte sich der FR-Leser!*

Von "BILD" (28.5.) . . . . . .

. . . Minuten später umringten Demonstranten einen hilflos am Boden liegenden Polizeimeister: „Du Schwein, Du Schwein", brüllen sie, doch der Mann kann vor lauter Schmerzen nicht mehr antworten. Er wurde in ein Schaufenster gestoßen. Aus den Pulsadern schießt fontänenartig das Blut. Der Notarztwagen kommt und bringt den lebensgefährlich verletzten Beamten in die Uni-Klinik. Zwei Stunden versuchen die Ärzte sein Leben zu retten. Noch immer besteht Lebensgefahr . . .

. . über die "Nachtausgabe". (28.5.)

Schwere Zwischenfälle enstanden dann in der Großen Escheinheimer Straße. Zwei Verletzte gab es dort, als im Verlauf der Auseinandersetzungen ein flüchtender Demonstrant und ein ihn verfolgender Polizist in eine große Schaufensterscheibe stürzten.

. . zur Wahrheit!

Brief eines Augenzeugen
Am 27.5.7 befanden meine Mutter . . . und ich . . . uns gegen 18.30 h in dem Geschäftslokal der Firma Elektrobau Schröder in der Großen Eschenheimer Landstr.

Nachdem Wasserwerfer in Tätigkeit bis auf die Höhe Lorey vorgedrungen waren und sich wieder zurückgezogen hatten, verließen meine Mutter und ich das oben aufgeführte Geschäft. Wir waren noch nicht bis auf die Höhe des dortigen Cafes gekommen als die Polizei nochmals vorging. Dabei sah ich wie die uniformierte Polizei einen jungen Mann ergriff und in das Schaufenster des oben angegebenen Ladens warf. Die Scheibe zerbrach, der Mann landete in den Auslagen. Die Polizei zog ihn wieder heraus und warf ihn über den Bürgersteig.



Wer hat die besseren Argumente?

Die Frankfurter Zeitungen, Rudi Arndt und die Polizei verbreiten über die aktiven Gegner der Fahrpreiserhöhung, ihre Ziele und ihre Aktionen, in den letzten Tagen ungeheuer oft Lügen und Diffamierungen; Verdrehungen und Scheinargumente sollen von den eigentlichen Inhalten der Auseinandersetzung ablenken. Wir wollen hier auf einige der dicksten Hämmer eingehen:

Die Bild-Zeitung vom 28. Mai schrieb z. B.:

„Doch Politrocker, Chaoten und ihr Gefolge hielten nichts von sachlichen Diskussionen. Ihre Argumente waren: Flaschen, Aschenbecher, Blumenkästen und andere Wurfgeschosse.“

Das ist eine Unverschämtheit, die verschweigt, daß wir seit Tagen und sogar Wochen Flugblätter verteilen, daß ständig in der Stadt Diskussionsgruppen entstehen, und daß wir dabei offensichtlich sogar so gute Argumente gegen die Fahrpreiserhöhung haben, daß die Polizei ihre Verbreitung zu verhindern versucht: in den letzten Tagen wurden die Flugblattverteiler immer wieder verhaftet, am Dienstagmorgen allein 42 Verteiler! Erst will uns der Magistrat und seine Polizei den Mund verbieten, und dann schreiben Polizeizeitungen wie die Bild, wir hätten keine Argumente.

Bildzeitung vom 30. Mai:

„Terrorgruppen von 20 bis 30 Mann griffen Passanten, Straßenbahnpersonal und Fahrgäste an. Arbeiter wurden niedergeprügelt.“

Es gab in der Tat einige Prügeleien. Aber daß wir jemanden angreifen wollen, daß wir jemanden niederprügeln wollen, das ist eine glatte Lüge: die Zivilbullen, die seit Tagen in Scharen die Stadt unsicher machen, besorgen als scheinbar „normale Passanten“ dieses Geschäft. Der Häuserrat hat immer erklärt, die Blockaden müssen im Zusammenhang mit „Rote-Punkt-Aktionen“ durchgeführt werden, um deutlich zu machen, daß sie nicht gegen die Straßenbahnbenutzer gerichtet sind. Und das wurde auch an verschiedenen Plätzen in Frankfurt versucht. Unser Ziel ist: Blockaden gemeinsam mit den Straßenbahnbenutzern und den Autofahrern. Nur: dann kommt regelmäßig die Polizei, erst zivile, später uniformierte und fängt die Auseinandersetzungen an!

Wie werden die, die sich gegen die Fahrpreiserhöhung wehren, in der Presse genannt?:

„Politaktivisten, jugendlicher Mob aus den Vorstädten, Großstadtmob, Randalierer, Schmarotzer, Chaoten, Terrortrupps, Berufsfriedenstörer, usw.“

Die Liste dieser Diffamierungen ist lang, ihr Sinn liegt auf der Hand: es soll von der inhaltlichen Auseinandersetzung abgelenkt werden, alle, die sich nicht freiwillig und resigniert unterordnen wollen, sollen als Kriminelle abgestempelt werden, auf die man draufhauen kann und muß. Interessant dabei ist nur, daß für diejenigen, auf die das alte Schema vom „studentischen Randalierer“ und „Politaktivisten“ zu offensichtlich nicht paßt, jetzt die neue Diffamierung „Großstadtmob“ gefunden wurde. Man will von der für den Magistrat peinlichen Frage ablenken, wer denn wirklich gegen die Fahrpreiserhöhung sich wehrt: es sind vor allem Jugendliche, ja, Studenten, Schüler und Lehrlinge, aber darüber hinaus auch – und immer mehr – ältere Frankfurter, die die Fahrpreiserhöhung auch nicht mitmachen wollen und die gerade in den letzten Tagen immer mehr Wut gegen die brutalen Polizeieinsätze bekommen haben. Wer hat wohl am Mittwochabend die Polizei an der Hauptwache „in die Flucht geschlagen“ (so Frankfurter Rundschau), als die organisierten Linken auf einer Kundgebung in der Universität waren?

„Das sind keine Demonstranten. Was hier geschieht, sind kriminelle Handlungen. Die Drahtzieher protestieren nicht gegen Fahrpreise, sondern gegen das System,“ sagte Rudi Arndt auf einer Pressekonferenz, „die Drahtzieher suchen Gewaltanwendung, weil Zerstörung und Chaos in ihr Konzept paßt“.

Dazu kann man ganz einfach sagen: dann soll er doch die Fahrpreiserhöhung zurücknehmen, den Nulltarif einführen – und man wird sehen, daß die Blockaden aufhören. Aber das will der Rudi Arndt ja nicht, weil er sich mit den wirklich Herrschenden, den Banken und Versicherungen, den Supermärkten und Großkonzernen, nicht anlegen will (aus deren Profiten könnte ja der FVV und der Nulltarif bezahlt werden). Er läßt weiterhin Polizeitruppen, Schlagstöcke, Tränengas und Wasserwerfer einsetzen. Sein Konzept ist die Gewaltanwendung, er will offenbar das „Chaos“.

Und schließlich der Hinweis auf das Geld: die Zeitungen schreiben:

„Es sind 500.000 Dm Sachschaden entstanden. Das geht gegen die Steuerzahler, die dafür aufkommen müssen“.

Die wirkliche Verschwendung liegt aber nicht in der Zerstörung der neuen Fahrkartenautomaten, sondern in ihrem Kauf: dafür hat die Stadt 23 Millionen Steuergelder rausgeworfen. Und außerdem sollte man an diesem Punkt lieber einmal fragen, für was die Stadt sonst noch die Steuergelder ausgibt? ... und die Preise für Wasser, Strom, Gas – und natürlich die Fahrpreise steigen trotzdem.

Wenn Beamte "vereinzelt etwas zu hart" vorgehen

Straße, dabei schleifte er mit dem Kopf und dem Oberkörper über den Asphalt. Gegen den Widerstand der Polizei gelang es den Sanitätern und mir, den Bewußtlosen wieder ins Krankenhaus zu tragen. Die Polizisten sagten: „Der gehört jetzt uns. Der kommt mit zur Wache“. Um den Bewußtlosen zu „bergen“, riefen die Sanitäter Polizeiverstärkung gegen die beiden Polizisten. Danach verlief alles friedlich. Einzig ist noch zu vermerken, daß die beiden Polizisten sich weigerten, ihre Dienstnummer zu geben und angetrunken wirkten. Die beiden später kommenden Polizisten ignorierten meine Aufforderung, von ihren Kollegen eine Alkoholprobe zu machen. Der Verletzte war über eine halbe Stunde vollkommen bewußtlos und mußte in die chirurgische Intensivstation aufgenommen werden. ... K.

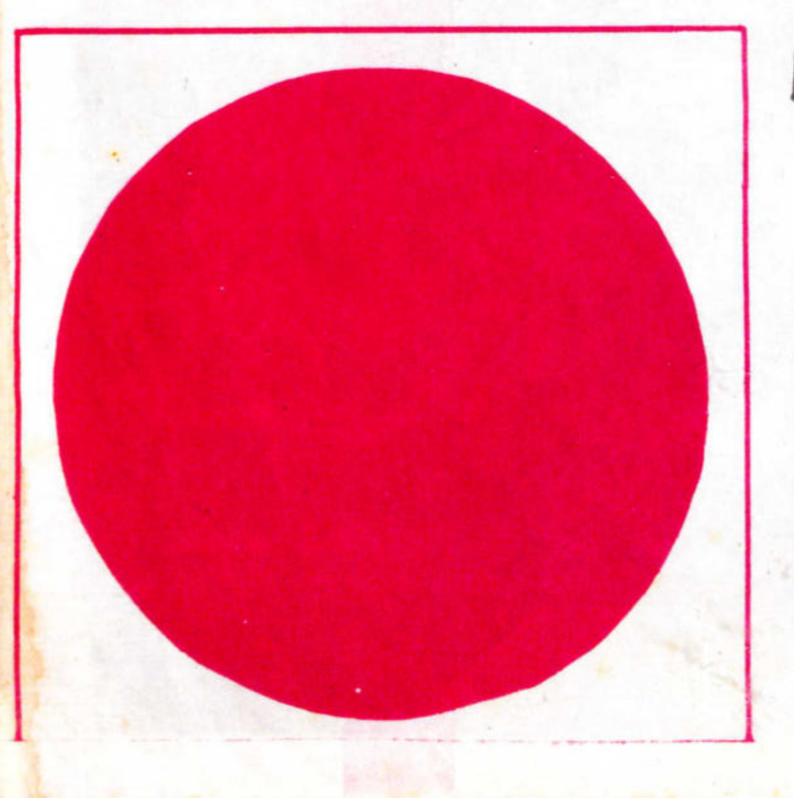
Am 18./19.5.74 hatte ich als Pfleger Nachtdienst in der Ambulanz des ...Krankenhauses. Gegen 4.30 h brachten drei Rotkreuzsanitäter einen Verletzten und eine Begleitperson. Da der Verletzte stark betrunken war und randalierte, riefen wir Polizei. Hierauf beruhigte sich der Verletzte und wollte sich behandeln lassen. Während der Behandlung kamen die Polizisten. Kurz danach hörte ich Krach im Flur. Ich ging in den Flur und sah, wie die Begleitperson bewußtlos am Boden lag, die Polizisten an ihr herumzerrten und die Sanitäter versuchten, sie davon abzuhalten. Die Sanitäter riefen: „Warum habt ihr den zusammengeschlagen, der hat euch doch nichts gemacht. Der war ja ganz friedlich.“ Schließlich zerrte einer der Polizisten den Bewußtlosen am Bein aus dem Flur und ca. 20 Meter über die

FAZ-Kommentar

Der Oberbürgermeister nennt sie (die Demonstranten) ... Kriminelle und Attentäter auf die parlamentarische Demokratie. Als ob je während der letzten Jahre ... diese parlamentarische „Klamotte“ noch eine Rolle gespielt hätte.

Ohne Blockade + Rote Punkt Aktion nach Pfingsten werden die Fahrpreise nicht fallen

Diese Handzettel wurden letzte Woche verteilt



Wenn der Verkehr heute schlechter läuft, wenn die Straßenbahnen blockiert werden, dann richtet sich dieser Protest weder gegen öffentliche Verkehrsmittel, noch gegen die Autofahrer. Sondern gegen die Fahrpreise.

Die meisten Leute müssen Busse und Straßenbahnen benutzen, obwohl sie sich über Preise und Automaten ärgern. Autofahrer sind davon nicht betroffen. Trotzdem können sie die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel unterstützen. Soweit es auf ihrer Strecke liegt, nehmen sie die Leute mit. Das blaue FVV-Zeichen oder ein roter Punkt bedeutet, daß sie bereit sind, Leute mitzunehmen. Zum Nulltarif, versteht sich.

Autofahrer-Initiative: Solidarität gegen die Fahrpreise